

VERSAMMLUNGSGESETZ NRW STOPPEN! GRUNDRECHTE ERHALTEN!

JETZT ERST RECHT!

- » **Demokratie braucht lebendige Demonstrationen.**
- » **Der Gesetzesentwurf ist ein Angriff auf die Zivilgesellschaft.**

NRW-WEITER AKTIONSTAG UND ZENTRALE

DEMONSTRATION 30.10. KÖLN

13:00 UHR // FRIESENPLATZ

Den Angriff auf die Versammlungsfreiheit abwehren! Das neue Versammlungsgesetz NRW umfasst:

- » die Ausweitung der Videoüberwachung von Demonstrationen
- » die Kriminalisierung einheitlicher Kleidung, z.B. der weißen Maleranzüge der Klimagerechtigkeitsbewegung
- » die Erschwerung antifaschistischer Gegenproteste durch ein erweitertes Störungsverbot
- » die Durchführung von anlasslosen Polizeikontrollen und Durchsuchungen, die den Zugang zu Demonstrationen erschweren können
- » mehr Hürden bei der Anmeldung von Versammlungen
- » die Festschreibung der Strafbarkeit von „Vermummungen“ und „Schutzausrüstung“
- » erleichterte Beschränkungen und Verbote durch die Polizei

nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de
#VERSGNRWSTOPPEN #NoVersGNRW #k3010

Für aktuelle Hinweise zu den Hygieneregeln
bitte auf die Website schauen

Foto: „Demosau“ von Jo Hempel (Lizenz: CC BY 2.0),
Wald P. Badelium, Digitalcourage e.V., Marktstraße 18, 33602 Bielefeld
Nicht-Web-Publikation

JETZT ERST RECHT! VERSAMMLUNGSGESETZ NRW STOPPEN!

Der legitime und demokratische Protest gegen das geplante Versammlungsgesetz NRW wurde am 26. Juni in Düsseldorf mit Polizeigewalt verhindert. Diesen rechtswidrigen Angriff auf die Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit nehmen wir nicht tatenlos hin! Jetzt erst recht werden wir den Protest konsequent und mit aller Entschlossenheit weiterführen! Am 30. Oktober werden wir erneut gemeinsam, zahlreich, friedlich und kämpferisch unsere Ablehnung des autoritären und undemokratischen Versammlungsgesetzes NRW auf die Straßen Kölns tragen! Mitten in der Pandemie plant die schwarz-gelbe Landesregierung einen erheblichen Angriff auf unsere Versammlungsfreiheit. Anstatt polizeiliche Eingriffe strikter Kontrolle zu unterstellen, um (rassistische) Polizeigewalt, Einschüchterung und Überwachung zu unterbinden, greift der Gesetzesentwurf massiv in unser aller Freiheiten ein und muss daher unbedingt gestoppt werden!

Nach dem Entwurf soll die Videoüberwachung von Demonstrationen durch Übersichtsaufnahmen (z.B. per Drohne oder Hubschrauber) aber auch verdeckt aus der Menge heraus möglich sein. Anmelder:innen sollen zukünftig umfangreiche Angaben machen, werden zur Kooperation mit der Polizei gedrängt und müssen unter Umständen sogar die persönlichen Daten der Ordner:innen an die Polizei übermitteln. Durch die Aushöhlung der Polizeifestigkeit der Versammlung und die Befugnis zur voraussetzungslosen Errichtung von Kontrollstellen und Durchsuchungen kann zukünftig der Zugang zu Versammlungen durch die Polizei erheblich erschwert oder gar unterbunden werden.

Auch antifaschistische Gegenproteste werden durch ein erweitertes Störungsverbot erschwert. Einheitliche Kleidung, wie sie u.a. in der Klimagerechtigkeitsbewegung getragen wird, kann mit dem sog. „Militantzverbot“ kriminalisiert werden. Progressive Ideen, z.B. die Abschaffung des strafbewehrten Vermummungsverbot oder eine unabhängige Beobachtung der Polizeieinsätze sowie die Pflicht für Zivilpolizist:innen sich erkennen zu geben, finden sich nicht im Entwurf. Der ganze Gesetzestext atmet Misstrauen gegen Bürger:innen, die ihre Versammlungsfreiheit wahrnehmen.

Die Versammlungsfreiheit zählt in der parlamentarischen Demokratie zu den zentralen Grundrechten, weil sie es Bürger:innen ermöglicht, ihre Anliegen auf die Straße zu tragen und Missstände anzuprangern. Demokratie braucht lebendige Versammlungen. Die Landesregierung plant mit ihrem Gesetzesentwurf einen Angriff auf die Zivilgesellschaft - also auf uns alle! Dem stellen wir uns trotz aller Unterschiede in unseren Ansichten, Strategien und Aktionsformen gemeinsam entgegen.

Spendenkonto: Digitalcourage e.V. | IBAN: DE57 3702 0500 5459 5459 42
Verwendungszweck: „NoVersGNRW“